

MiB

DIE LINKE. Stadtverband Leipzig

Mitteilungsblatt
Nr. 07/08 vom 15. Juli 2014

Einberufung zur Außerordentlichen Gesamtmitgliederversammlung Kommunalwahl

Der Vorstand DIE LINKE. Leipzig beruft die Außerordentliche Gesamtmitgliederversammlung zur Teilneuwahl der Stadtratswahl im Wahlkreis 9 am 12. Oktober 2014 ein. Die Außerordentliche Gesamtmitgliederversammlung findet am **Donnerstag, dem 31. Juli 2014, ab 18:00 Uhr im Technologiezentrum GaraGe, Karl-Heine-Straße 97, 04229 Leipzig, statt.**

Es ist folgende Tagesordnung vorgesehen:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Konstituierung
3. Wahl der KandidatInnen für den Wahlkreis 9 zum Stadtrat zu Leipzig
4. Schlusswort

Im Wahlbezirk 9 (Mockau-Süd, Mockau-Nord, Gohlis-Mitte, Eutritzsch, Seehausen, Wiederritzsch) ist eine Neuwahl notwendig, weil einer der Kandidaten, der am 25. Mai zur Wahl angetreten war, zu jenem Zeitpunkt nicht wählbar war. Der Stadtrat hat als Termin für die Neuwahl den 12. Oktober 2014 festgelegt.

Die Mitglieder müssen BürgerInnen eines Staates der Europäischen Union mit Hauptwohnsitz in der Stadt Leipzig, zum Zeitpunkt der Außerordentlichen Gesamtmitgliederversammlung am 31. Juli 2014 mindestens 18 Jahre und Mitglieder der Partei DIE LINKE sein.

Kampf um den Mindestlohn geht weiter

Der 3. Juli 2014 hätte ein wirklich historischer Tag für die soziale Gerechtigkeit in Deutschland werden können, wenn im Bundestag ein flächendeckender Mindestlohn ohne Ausnahmen in Höhe von 10 Euro verabschiedet worden wäre. Bekanntlich geschah das aber nicht. Vielmehr gibt es nun einen Mindestlohn von 8,50 Euro mit viel zu vielen Ausnahmen. Anstatt fünf Millionen Menschen vom Hungerlohn zu befreien, werden es vermutlich nur 2,5 Millionen sein, denn ganze Personengruppen sind ausgenommen: so sollen Langzeitarbeitslose den Mindestlohn erst nach sechs Monaten erhalten und unter 18jährige werden überhaupt nicht berücksichtigt. Für Erntehelfer können die Kosten für Unterkunft vom Lohn abgezogen werden und für Zeitungsausträger beginnt die Regelung erst zwei Jahre später.

Seinen massiven Protest artikulierte der DGB wenige Tage vor der Beschlussfassung des Gesetzes direkt vor dem Kanzleramt. Zwei Busse aus Leipzig waren ebenfalls vor Ort, darunter auch mehrere mitgereiste Mitglieder der Leipziger LINKEN. Scharfe Töne schlug der neue DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann an: „Die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns ist eine historische Sozialreform, für die die Gewerkschaften lange gekämpft haben und die wir begrüßen. Leider haben sich mächtige Lobbygruppen in den letzten Wochen auf den Weg gemacht, um das Mindestlohngesetz wieder zu durchlöchern. Es

bleibt dabei: Der DGB lehnt die geplanten Ausnahmen vom Mindestlohn ab, und wir werden bis zur letzten Stunde dafür kämpfen, dass es keine Ausnahmen geben wird. Der gesetzliche Mindestlohn ist als unterste Anstandsgrenze ein wichtiger Baustein für eine neue Ordnung der Arbeit und gegen Lohndumping. Er darf nicht zerschossen werden durch immer neue Ausnahmen für diejenigen, die am lautesten jammern. Denn Würde kennt keine Ausnahmen.“

Am Rande der Protestkundgebung kam



Dr. Volker Külöw und der ver.di Vorsitzende Frank Bsirske auf der Demo

es zu vielen interessanten Gesprächen, darunter auch mit unseren beiden Bundestagsabgeordneten Sabine Zimmermann und Klaus Ernst. Nach der Anhörung zum Mindestlohn-Gesetz im Ausschuss für Arbeit und Soziales hatte der stellvertretende Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE erklärt: „Mit ihrem Mindestlohn-Gesetz konterkariert die Koalition das Vorhaben, durch eine gesetzliche Untergrenze für alle Lohndum-

ping zu beenden. Durch die Vielzahl willkürlicher Sonderregelungen werden Anreize für Unterbezahlung ausgerechnet in den Bereichen geschaffen, die den Mindestlohn am dringendsten brauchen. Die Aushöhlung des flächendeckenden Mindestlohns ist ein Desaster für das Niedriglohnland Deutschland. Die SPD hat sich zum Hampelmann der Koalition degradiert.“

Mit der Einführung eines ungenügenden, zerstückelten Mindestlohnes ab 1. Januar 2015 – DIE LINKE stimmte im Bundestag mit Enthaltung – sind die Auseinandersetzungen der nächsten Jahre vorgezeichnet. Da 8,50 Euro unterhalb der Armutsgrenze liegen, fordern wir 10 Euro und eine jährliche Anpassung unter Beachtung der Inflationsrate. Für die Zukunft muss es darum gehen einen wirklich flächendeckenden Mindestlohn durchzusetzen. Der Kampf darum hat mit dem jetzigen Mindestlohn bei aller Kritik bessere Ausgangsbedingungen. Darüber hinaus ist es entscheidend, dass die gewerkschaftliche Durchsetzungsmacht im Kampf um bessere Tariflohnerhöhungen und Arbeitsbedingungen wieder gestärkt werden. Dazu müssen prekäre Arbeitsverhältnisse beendet werden, also Schluss mit sachgrundloser Befristung, Leiharbeit, Werkverträgen usw. Nutzen wir die Landtagswahlen am 31. August, um auch bei diesem wichtigen gesellschaftlichen Thema ein Zeichen zu setzen!

Dr. Volker Külöw

Der Aufstieg der „Alternative für Deutschland“ - eine Herausforderung für unsere politische Praxis

Als rasant müssen Start und Aufstieg der „Alternative für Deutschland“ bezeichnet werden.

Im Februar 2013 gegründet, konnte die junge Partei bei der Bundestagswahl im September 2013 aus dem Stand und mit Unterstützung konservativer Leitmedien 4,8 % erringen. Bei den Europawahlen waren es 7,1 %. Die besten Stimmanteile generierte die Partei in Sachsen: 6,8 % bei der Bundestagswahl und sogar 10,1 % bei den Europawahlen. Mit sieben Abgeordneten ist die Partei nun im Europaparlament und mit 81 von bundesweit 485 Mandaten nun auch Sachsens Kommunalparlamenten vertreten. Auch der Einzug in den Sächsischen Landtag im August 2014 scheint ausgemachte Sache.

Aber: wofür steht die AfD und was folgt daraus für unsere politische Praxis?

„Familienpolitik, Zuwanderungspolitik und Europapolitik sind große und wichtige Themenfelder für die Zukunft unseres Landes.“, so Bernd Lucke, VWL-Professor und einer der drei Parteisprecher.

Längst ist es vorbei mit dem „Ein-Punkt-Profil“ als euroskeptische Partei. Fundamentale Positionen gegen EU Währungsunion oder Euro-Rettungsmaßnahmen wurden zudem mit den Programmatischen Leitlinien (vorgelegt auf dem Bundesparteitag im März 2014 und bereits Ende April 2014 per Mitgliederentscheid angenommen) abgeschwächt. Im Europaparlament wurde die Partei mittlerweile Mitglied in der gemäßigt europaskeptischen Fraktion der Konservativen und Reformisten unter dem britischen Premierminister David Cameron aufgenommen.

Mit der Verbreitung ihres Themenspektrums werden auch die politischen Spektren, aus denen sich die Partei speist, sichtbar: eine Melange aus marktradikalen Ökonomen und wert- bzw. christlich-konservativen Fundis, die die Gegnerschaft zum Euro und die

Stärkung des Nationalstaates gegen die Einflüsse der EU eint. Dabei radikalisiert die AfD konservative und neoliberale Ansätze, die die CDU vorsichtiger formuliert, abgeschwächt oder ganz verworfen hat.

Blickt man auf die AfD-Positionierung zu *Zuwanderung*, die sich unter dem Slogan „Keine Einwanderung in die Sozialsysteme“ subsumieren lässt, erinnert man sich stark an die von der CSU zum Jahreswechsel 2013/14 aufgemachte Debatte um die Freizügigkeit für Menschen aus Rumänien und Bulgarien und den damit vermeintlich verknüpften Sozialleistungsbetrug. Die AfD holt weiter aus: EU-BürgerInnen, die hierzulande keine Steuern gezahlt haben, sollen kein Recht auf Sozialleistungen haben. Wer den eigenen Lebensunterhalt nicht sichern kann, soll zurück in sein Herkunftsland. Diese Linie stellt die Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union infrage. In Sachen *Asyl* zieht die AfD sich auf die herrschende Gesetzlichkeit, das seit



1993 faktisch nicht mehr existierende Grundrecht auf Asyl, zurückzuziehen. Fast. Die auf diesem „Asylkompromiss“ basierenden minimalen Anerkennungquoten für geflüchtete Menschen und die Führungsrolle Sachsen bei Abschiebungen überzeugen die Nationalkonservativen nicht: es müsse Schluss sein mit der laxen Auslegung

des Asylrechts, so steht es im Landtagswahlprogramm geschrieben. Erinnert sei daran, dass auch die CDU-SPD-Regierung derzeit an einer weiteren Schwächung des Asylrechts arbeitet.

Sozialpolitisch spielt die AfD mit Rekurs auf Thilo Sarrazin mit dem Feuer. Die Schuld an Armutslagen wird individualisiert, die Reichen sollen durch Senkung der Einkommenssteuer entlastet werden. Jenseits der offiziellen Programmatik sinnieren führende Protagonisten der Partei wie Sprecher Konrad Adam über den Entzug des Wahlrechtes für Angehörige der „Unterschicht“.

Auch in der *Bildungs- und Familienpolitik* folgt die AfD dem Ansatz Starke und Leistungsfähige zu fördern und Benachteiligte sich selbst zu überlassen. Das dreigliedrige Schulsystem soll erhalten bleiben und der Zugang zu Hochschulen erschwert werden. Der Rechtsanspruch auf eine flächendeckende Kita-Betreuung soll zugunsten der familiären und privaten Kinderbetreuung unterminiert werden. Solche Vorschläge folgen aus den reaktionären Vorstellung von Familie als „Keimzelle der Gesellschaft“ (Bernd Lucke). Durch diverse Anreize will die AfD die traditionelle Ehe zwischen Mann und Frau stärken und das Kinderkriegen befördern. Selbstverständlich geht es auch hier um Kinder von leistungsfähigen Schichten. Unter Bezugnahme auf den so genannten Schreiber Plan fordert die AfD in ihrem Landtagswahlprogramm für Sachsen die Einführung einer Kinder- und Jugendrente. Der Wirtschaftstheoretiker Wilfried Schreiber schlug dieses Modell 1957 unter Konrad Adenauer als Element der „Bevölkerungspolitik“ vor. Die Höhe dieser Rente nach dem Einkommen der Eltern. Gutverdienende werden begünstigt.

Ähnlich Gruseliges verbirgt sich hinter den Forderungen nach Volksentscheiden über Moschee-Bauten oder nach der Direktwahl von Bundespräsident*in, Bundeskanzler*in oder

Ministerpräsident*innen. Hierbei geht es nicht um die Maximierung demokratischer Spielräume für alle. In Wirklichkeit geht es der AfD um die Schwächung der parlamentarischen Strukturen und von Minderheitenrechten. Niemand anderes als der jüngst auf dem AfD-Ticket ins Europaparlament eingezogene Hans-Olaf Henkel, ehemals Chef des Bundes der Industrie, schlägt schon seit vielen Jahren die Einführung des Mehrheitswahlrechtes und die Direktwahl von Führungspositionen vor. Sein erklärtes Ziel ist es damit Linksbündnisse zu verhindern und den neoliberalen Umbau von Verwaltungen durch gestärkte Führungsfiguren zu erleichtern. Dieser kurze Exkurs in die Programmatik der Alternative für Deutschland dürfte verdeutlichen, dass die Partei sich nicht nur klar gegen die Prinzipien einer solidarischen, gerechten und offenen Gesellschaft richtet, sie öffnet darüber hinaus den Raum für Vorschlä-

ge, die zum Teil bis dato gesellschaftlich geächtet sind. Kritik an Formulierungen wie „Entartung der Demokratie“ (Bernd Lucke), „Bevölkerungspolitik“ (Frauke Petry) oder Slogans wie „Selbstjustiz ist die neue Polizei“ (Junge Alternative) goutiert die Partei als „Gesinnungswächtereie“ oder „Einschüchterung Andersdenkender“. Der Tabubruch ist bei der AfD Programm und verfolgt eine klare Strategie: das gesellschaftliche Klima für den Abbau des Sozialstaates und der Demokratie zu bereiten.

Im Leipziger Stadtrat und wohl möglich im Sächsischen Landtag werden auch wir als LINKE im Zukunft mit den Protagonist*innen der AfD zu tun haben müssen. Aufgrund mangelnder Praxiserfahrungen ist es schwer möglich vorgefertigte Strategien für den Umgang mit diesem neuen politischen Akteur vorzuschlagen.

Fakt ist: die Alternative für Deutschland ist mit der NPD nicht auf eine

Stufe zu stellen. Darum scheint eine Strategie der Ausgrenzung, wie sie bei der NPD praktiziert wurde, ungeeignet. Wir müssen uns vielmehr mit ihrer Programmatik auseinandersetzen, ihre Entwicklung und das Agieren ihrer lokalen Protagonist*innen aufmerksam beobachten.

Wird es der AfD gelingen ihre großen Themenlinien auch auf die kommunale Ebene zu „übersetzen“? Wird es der Partei-Führungselite gelingen die heterogene Basis aus gut situierten Unternehmer*Innen, Stammtischklientel, wirtschaftsliberalen, ultrakonservativen bis hin zu extrem rechten Akteuren unter einem Hut und vor allem im Zaum zu halten? Wird die Strategie die CDU weiter nach rechts zu rücken aufgehen? Diese Fragen dürften in der Praxis und auch für die langfristige Etablierung der AfD entscheidend sein.

Jule Nagel

Das war das Pfingstcamp 2014

Bereits zum 16. Mal veranstaltete die Linksjugend Sachsen ihr jährliches Pfingstcamp. Unter dem Motto „Für immer 16“ reisten über 600 Teilnehmer_innen aus 14 Bundesländern sowie aus Belgien und Großbritannien ins tschechische Doksy – so viele wie noch nie.

Wer bei diesem Ereignis jedoch an ein reines Jugendcamp denkt, irrt sich. Durch den Anspruch, ein Freiraum für alle zu sein, konnten neben einigen Bundestags- und Landtagsabgeordneten auch viele dem Jugendalter entwachsenden Genossinnen und Genossen begrüßt werden. Zudem ist das Pfingstcamp als "politisches Festival" ein Ort für politisch Aktive jenseits der Partei bzw dem Jugendverband. Dadurch entstand eine angenehme Atmosphäre zwischen Workshops und einem Kochduell, Vorträgen und Partys sowie jeder Menge Raum für die eigene Kreativität. Begleitet wurde das Camp rund um die Uhr vom „Hitradio Rehschanze“, das sich mit Hintergrundberichten und einer seriösen

Berichterstattung in die Herzen der Zuhörer_innen spielte.

Ein thematischer Schwerpunkt des Camps bildete die bevorstehende Landtagswahl. Neben der Vorstellung des Wahlkampfkonzeptes sollten Praxisworkshops zum Jugendwahlkampf alle Teilnehmer_innen auf die wahrscheinlich wichtigste Wahl in diesem Jahr vorbereiten.

Dank dem Stadtverband in Leipzig waren wir in der Lage für alle eine kostengünstige Anreise zu finanzieren. Dem Anspruch, dass das Pfingstcamp für alle möglich sein soll, wurde somit auch durch den SV Leipzig zur Realisierung verholfen.

**Max und Nadja
Für die linksjugend Leipzig**

Leipziger LINKE trauert um Pfarrer Christian Führer

Mit großer Bestürzung haben wir die Nachricht vom viel zu frühen Tod des ehemaligen Pfarrers der Nikolakirche Christian Führer vernommen. Unsere Gedanken sind bei seiner Familie, der wir unser tief empfundenes Beileid und Mitgefühl anlässlich dieses überaus schmerzlichen Verlustes aussprechen.

Sein Tod hinterlässt eine nicht zu schließende Lücke – nicht nur in Leipzig. Wir trauern um einen aufrechten und aufrichtigen Menschen.

Sein bis zum Schluss gelebtes Credo "Wir wollen die Friedliche Revolution nicht ins Museum stellen, sondern wir wollen weiter gehen und auch heute zum Handeln anstiften" bleibt mit der 2009 von ihm gegründeten Stiftung Friedliche Revolution dankenswerterweise über seinen Tod hinaus lebendig. Christian Führers langjähriges Eintreten für Gewaltlosigkeit, Frieden, Demokratie und kulturelle Vielfalt bildet auch für die Leipziger LINKE eine wichtige Orientierung in ihrem weiteren Wirken.

Dr. Volker Külow

Vorsitzender DIE LINKE. Leipzig

Der Spagat ist unvermeidlich

Zum Ausgang der Wahlen in Leipzig.

Am 25. Mai waren auch die Leipziger*innen aufgefordert, ihre Stimme für die Wahl zum Europäischen Parlament und die Wahl des Stadtrates und der Ortschaftsräte abzugeben. Davon machten bei einer Beteiligung von etwas mehr als 40% jedoch nicht einmal die Hälfte der Wahlberechtigten Gebrauch. Diese ohnehin niedrige Beteiligung schwankte auch in Leipzig sehr stark. So gaben bei der Stadtratswahl in Volkmarsdorf und Mockau-Süd nur 26% bzw. 28% der Wahlberechtigten ihre Stimme ab, während die Beteiligung im Zentrum-Nordwest, der Südvorstadt, Marienbrunn und Schleußig (dort 58%) teils mehr als doppelt so viele waren.

Auch sonst zeigen sich signifikante Unterschiede innerhalb Leipzigs. Während die SPD gemessen an ihrer Größe vergleichsweise geringe Schwankungen aufweist, zeigen andere Parteien große Differenzen. So nagt die CDU in der „konservativen Peripherie“ Leipzigs an den 50%, während sie im Lindenau gerade etwas mehr als 11% holt. DIE LINKE bleibt in einigen der CDU Hochburgen deutlich unter 20% (Althen-Kleinpöna: 14%), erreicht in ihren klassischen Hochburgen in Grünau jedoch nach wie vor teils Resultate von über 35%. Die Grünen schaffen es in 6 Ortsteilen mit Ergebnissen von teils über 28% (Südvorstadt, Zentrum-Nordwest) stärkste Partei zu werden, bleiben woanders jedoch 5%-Partei (Hartmannsdorf-Knautnaundorf: 4.4%). Die FDP schafft den Sprung über die (bei der Stadtratswahl rein imaginäre) 5%-Hürde nur noch in 4 Ortsteilen und muss sonst starke Verluste bis hin zu -14% verkraften. Das zugegebenermaßen nicht ganz humorlose Plakat der FDP zur Landtagswahl in Thüringen („Wir sind dann mal weg. FDP.“) trifft spätestens mit dieser Wahl auch auf die FDP in der Leipziger Kommunalpolitik zu. Einen Teil des FDP-Klientels dürfte auch die AfD abgegriffen haben, die in Leipzig bei der Stadtratswahl zwar knapp 2.5% unter ihrem Europawahlergebnis liegt, aber dennoch auf 6% kommt.

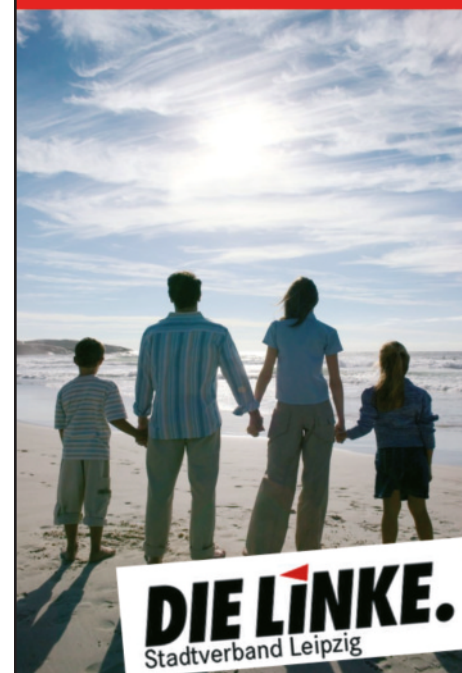
Die bisher dargestellten Ergebnisse sind teils unspektakulär. Seit gefühlten Ewigkeiten ist die CDU in den geographischen Randgebieten Leipzigs stark, während LIN-

KE und Grüne dort eher schwach sind. Dennoch gibt es einige relevante Verschiebungen. So mussten die Grünen teils starke Verluste vor allem in ihren Hochburgen Schleußig, Connewitz und der Südvorstadt hinnehmen – wo vor allem DIE LINKE kräftig zulegen konnte. Überhaupt hatte DIE LINKE die größten Zugewinne vor allem in den zentrumsnahen, eher durch junge Familien, Studierende und subkulturell geprägten Ortsteilen (Schleußig, Plagwitz, Lindenau, Altlindenau, Südvorstadt, Connewitz, Reudnitz-Thonberg) oder solchen, welche eine recht hohe Dynamik hinsichtlich der Bevölkerungsveränderung aufweisen (so z.B. auch Volkmarsdorf und Neustadt-Neuschönefeld). Zwar konnte DIE LINKE bei den Stimmenanteilen auch in den Grünauer Hochburgen zulegen, musste dort in Summe jedoch Wähler*innenstimmen einbüßen. Letzteres passiert vor allem in Folge einer sinkenden Zahl von Wahlberechtigten in Kombination mit einer gegen den Trend rückläufigen Wahlbeteiligung. Auch dadurch nimmt, ebenfalls durch Bevölkerungsveränderungen aber auch durch die strukturell höhere Wahlbeteiligung, die Bedeutung von Klientel abseits unserer „klassischen Hochburgen“ weiterhin zu. Dabei ist es zu begrüßen, dass es bei Betrachtung der vorliegenden Wahlergebnisse gelungen ist, auch dort Fuß zu fassen. Gleichzeitig wächst dadurch jedoch auch die Schwierigkeit von Öffentlichkeitsarbeit – gerade in Wahlkämpfen. Denn was in Grünau wunderbar funktioniert, geht in Schleußig oder Connewitz möglicherweise in die Hose – was andersherum genauso gilt. Nur die Sensibilisierung für diese diffizile Problemlage, was neben der Programmatik auch in Fragen von Erscheinungsbild und Personal niederschlagen muss, sichert dem Stadtverband weitere Wahlerfolge in einer in sich sehr verschiedenen, ostdeutschen Großstadt wie Leipzig. Dabei muss man das Rad nicht neu erfinden, sondern kann auf die Erfahrungen der Genoss*innen bezüglich der mittlerweile zwei Standbeine an Stammklientel zurückgreifen. Einfach gesprochen: Weder Grünau noch Connewitz sind alleinig das Maß der Dinge – beide sind es. Wer das eine Standbein versucht gegen das andere auszuspielen, wird unweigerlich stolpern.

P.S.: Zum Ausgang von Europa- von Stadtratswahl, inklusive Ausblicks auf die Landtagswahlen und die Wiederholungswahl im Wahlkreis 9 (Nord) bei der Stadtratswahl, gibt es erneut die Wahlauswertung „Einblick“, von der jede Basisorganisation ein Exemplar bekommt. Andere Genoss*innen können es auf Nachfrage gerne auch bekommen, leider gibt es insgesamt jedoch nicht viele Exemplare.

Tilman Loos

**Wir wünschen
unseren Leserinnen
und Lesern einen
schönen Sommer !**



DIE LINKE.
Stadtverband Leipzig

LWB-Verwaltung zieht an ihren Leuchtturm Hochhaus Wintergartenstraße

Der Wind, der bei der Grundsteinlegung zum neuen Verwaltungsgebäude der Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft (LWB) blies, wurde von Gastgebern und

Unterstützung der Aufsichtsräte und des Gesellschafters Stadt aus dem Tal der Tränen und schierer Hoffungslosigkeit herausgekommen ist und seit einiger Zeit festen Boden unter die

und Siegfried Schlegel, der dem Aufsichtsrat seit 1994 angehört und damit die Entwicklung des Wintergarten-Areals auch in Wettbewerbsjurs aktiv begleitete, werden weiterhin aktiv die Unternehmensführung unterstützen und sind froh, dass es zukünftig nicht nur Wohnungen verwaltet, sondern selbst aktiv den wachsenden Bedarf an bezahlbaren Wohnungen und Kita-Plätzen in Leipzig durch Neubau befördern will. Beim jetzigen Neubau gründet sich der Optimismus auch darauf, dass Frau Ines Gillner, eine jahrzehntelang im Leipziger Wohnungsbau tätige Ingenieurin, als Projektleiterin für das Vorhaben der LWB verantwortlich ist.



Oberbürgermeister Burkhard Jung zwischen den beiden Geschäftsführerinnen der LWB Gabriele Haase und Ute Schäfer, rechts die Baubürgermeisterin Dorothee Dubrau

Gästen als frischer Wind gedeutet, der auch das kommunale Wohnungsunternehmen erfasst hat. Zwanzig Jahre hat es gebraucht, bis es Dank

Füße bekommen hat.

Die Situation war aufgrund schwerer Managemententscheidungen zwischen 1990 und 1993 entstanden. Stadträte

Vor 45 Jahren, also 1969, begann der Bau des Wohnhochhauses Wintergartenstraße, dessen Wohnungen zum 30. Dezember 1971 übergeben wurden, und in dem in den 70er Jahren eine Umbauung mit Kita, Gaststätte „Stadt Dresden“, einer Mocca-Milch-Eisbar sowie einer Kaufhalle, die wegen der begehrten Produkte aus Polen gern aufgesucht wurde, entstand.



Auszubildende der LWB bereiten den Grundstein zur Grundsteinlegung vor

aller Mitarbeiter und der ab 1993 tätigen Geschäftsführungen mit

im Aufsichtsrat, wie die Vertreter der Fraktion DIE LINKE Naomi-Pia Witte

Nachdem in den 90er Jahren die Basiszone verfiel und damit auch die Eingangszone für Bewohner und deren Gäste jeglichen einladenden Charakter verloren hatte, drängten auch Aufsichtsräte auf deren Abriss. Alternativ sollte das Hochhaus künftig freistehend auf einem Platz von einer die angrenzenden Straßen umgebenden Bebauung umschlossen werden. Die in den Folgejahren durchgeführten Architekturwettbewerbe folgten verschiedenen Nutzungsvorstellungen nach 1995 wie Kino, Einkaufs- und Fitnesszentren oder Hotels, welche die Investoreninteressen nicht zu stemmen vermochten. Ein Verkauf der Grundstücke mit Baurecht für die Randbebauung und sogar des Wohnhochhauses sollten mithelfen, die Schulden aus der Trabalski-Ära zu tilgen. 2004 wurde das Wohnhochhaus als mögliches

Wohnhotel im Rahmen der Olympiabewerbung und -förderung saniert und in den Kernbestand aufgenommen, wofür ich mich auch jahrelang eingesetzt hatte.

Als vor fünf Jahren absehbar wurde, dass zeitnah Neubauwohnungen dringend gebraucht werden und die LWB das Vorhaben mit eigenen Kräften stemmen könnte, wurde 2010 ein Wettbewerb zum Städtebau für das Areal durchgeführt. Da die Verwaltung in Zukunft einen neuen Verwaltungssitz benötigt, lag es nahe, dafür das eigene Grundstück in



Die Baustelle am Wintergartenhochhaus am Tag der Grundsteinlegung

zentraler Lage mit exzellenter ÖPNV-Anbindung in der Wintergartenstraße zu nutzen. Da alle drei neuen Gebäude

technisch und erschließungsmäßig über das Kellergeschoss verbunden sind, wird nunmehr auch die Errichtung der Wohngebäude gleich mit forciert.

Das Wohnhochhaus Wintergartenstraße ist seit Jahrzehnten ein Leuchtturm und Symbol des kommunalen Wohnungsbauunternehmens, dass für die Verwaltung mit dem Büroneubau auch eine eigene Adresse inmitten der Stadt erhält.

Text: Siegfried Schlegel

Fotos: Naomi-Pia Witte

NVA

Ein Kernanliegen der Partei DIE LINKE ist es, sich immer wieder gegen Gewalt und Militarismus auszusprechen. Dies wird deutlich in der aktuellen Haltung zur Nato, wird unterstrichen in den Abstimmungsergebnissen zu Bundeswehrmandaten und in der Anwesenheit oder den Initiativen von Mitgliedern, SympathisantenInnen und der Parteispitzen bei Demonstrationen und Protesten gegen Kriege und Gewalt.

Vor diesem Hintergrund ist es schlichtweg absolut unverständlich, dass im Mitteilungsblatt Juni 2014 für den "Verband zur Pflege der Traditionen der Nationalen Volksarmee und der Grenztruppen der DDR" geworben wird. Der Verband selbst begreift die Innerdeutsche Grenze und die Repression in der DDR nicht als Mangel an Demokratie und Schwäche der DDR. Vielmehr werden die Toten an der Grenzanlage als quasi notwendige Opfer der Geschichte dargestellt.

Weiter wird die Abkehr vom autoritären Staatssozialismus und „... die Abkehr der SED/PDS von den wissenschaftlichen Grundlagen des Marxismus unter dem Vorwand (!) der `Entstalinisierung`“ als Fehlentwicklung interpretiert. Die historischen Begebenheiten, die zur Gründung der

NVA geführt haben, können als Reaktionen auf den sich verschärfenden kalten Krieg betrachtet werden. Spätestens jedoch ab 1961 ist die NVA als Teil der repressiven Politik gegen die Bürgerinnen und Bürger der DDR zu betrachten. Insbesondere die Grenztruppen. Die Grenzanlagen waren militärisch freundlich (!) gesichert. Einen Schießbefehl gab es – er ist mehrfach dokumentiert. Die mehreren hundert Getöteten an der innerdeutschen Grenze sind schrecklicher Beweis für dieses unmenschliche Verfahren. Diese Verbrechen – das Töten von Grenzgängern durch Minen, Sprengfallen oder durch erschießen – dürfen nicht verharmlost werden.

Es ist unannehmbar, dass DIE LINKE in Leipzig für einen Verband wirbt, der die Verherrlichung einer solchen Institution als Traditionspflege etikettiert. Militarismus sollte nicht zur Tradition werden.

Darüber hinaus sieht sich DIE LINKE immer wieder mit Argumentationen konfrontiert, die versuchen, Mitglieder und SympathisantenInnen in die Nähe der ehemaligen DDR zu rücken, um sie oder ihre Argumente im politischen Disput auf diesem Wege zu diskreditieren. Eine Partei, die, als einzige im deutschen Bundestag, Ge-

walt und kriegerische Mittel konsequent ablehnt, die ob ihrer Historie immer aber wieder in die Ecke der „ewig gestrigen“ gedrängt wird; eine Partei die trotzdem einem offen geschichtsrevisionistischen, militaristischen und die Toten verharmlosenden „Verein“ eine solche Plattform bietet, führt ihr bisheriges Schaffen ad absurdum. Das Ringen der vielen HelferInnen und WahlkämpferInnen um Vertrauen, auf der Straße, im Wahlkampf oder bei Veranstaltungen, im Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern, vor allem auch in den alten Bundesländern, wird hinfällig. Bereits erworbene Zustimmung bei SympathisantenInnen oder AktivistenInnen der Friedensbewegungen wird fahrlässig aufs Spiel gesetzt. Wählerinnen und Wähler denen diese auf Gewalt verzichtende Position zugesagt hat, werden vor den Kopf gestoßen.

Die Nähe eines solchen Vereins schadet der Partei. Ein möglicher Nutzen ist, wenn überhaupt vorhanden, so marginal, dass der Schaden überwiegt.

Matthias Tuta
Ben Kretzschmar

Tipps und Termine

Beratung der Ortsvorsitzenden und Sprecher der Zusammenschlüsse

3. Dienstag, 18:30 Uhr

AG Antifa

mittwochs, 19:00 Uhr, linxxnet

AG Behindertenpolitik

3. Dienstag, 15:00 Uhr, Wahlkreisbüro MdL Dr. Pellmann, Stuttgarter Allee 16 Leipzig-Grünau

AG Betrieb & Gewerkschaft

1. Mittwoch, 18:00Uhr

AG Cuba si

2. Dienstag, 18:00 Uhr

AG Frieden und Gedenken

4. Dienstag, 17:30 Uhr

AG Junge GenossInnen

1. Mittwoch, 18:30 Uhr

AG Kunst und Kultur

1. Dienstag, 18:30 Uhr, LHL

AG Linke UnternehmerInnen

3. Samstag, 10:00 Uhr, Bürgerbüro Dr. Runge, Gorkistraße 120

Lisa emanzipatorische Frauengruppe

Dienstag, alle 14 Tage fortlaufend, Ort auf Anfrage: 0177 - 79 71 080

AG Senioren

1. Donnerstag, 9:00 Uhr

AG Soziale Politik

1. Dienstag, 18:30 Uhr, LHL.

GBM e. V. – Sprechstunden

1. Montag, 9:15 bis 11:15 Uhr

GRH e. V. – Sprechstunden

3. Mittwoch, 15:00 Uhr

ISOR e. V.

4. Mittwoch, 16:00 Uhr, Str. d. 18. Okt.

Linksjugend - Plenum

1. Donnerstag, 18:00 Uhr

3. Donnerstag, 18:00 Uhr (Stammtisch)

Ökologische Plattform

1. Mittwoch, 19:00 Uhr

Marxistisches Forum

1. Dienstag, 18:00 Uhr, Wahlkreisbüro MdL Conny Falken, Coppistraße 63

Rentenberatung

nach telefonischer Vereinbarung

Die Linke.SDS

mittwochs, 19:00 Uhr, Geisteswissenschaftliches Zentrum, Raum 2.116, Beethovenstraße 15

Stadtvorstandssitzung

jeden 2. Dienstag, 19:00 Uhr

Alle Veranstaltungen ohne Ortsangabe finden im Liebknecht-Haus (LHL) statt. Das linxxnet befindet sich in der Bornaischen Straße 3 d. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) hat ihren Sitz in der Harkortstraße 10.

Schutzschirm für Leipziger Vereine



In einer Pressemitteilung vom 6. Mai 2014 habe ich auf die prekäre Situation in den Leipziger Bürgervereinen aufmerksam gemacht. Anlass war zu diesem Zeitpunkt die bevorstehende Auflösung der Bürgervereine Möckern-Wahren und Gohlis. Inzwischen gab die Stadtverwaltung in der Antwort auf meine Anfrage (DS V/1157) bekannt, dass auch der Bürgerverein Paunsdorf und der Bürgerverein Bachviertel bereits Geschichte sind. Doch es trifft nicht nur die Bürgervereine, mittlerweile gehen nahezu täglich Nachrichten

ein, dass dieser oder jener Verein in seiner Existenz bedroht ist.

Die Ursachen sind vielfältig: Die Vorstände der Vereine sehen sich zudem kaum mehr in der Lage, ihre Arbeit ehrenamtlich wahrzunehmen. Die meiste Zeit verbringen sie damit, Geld zu besorgen, um die Vereinsarbeit am Laufen zu halten. Sie bewältigen Berge von Bürokratie und kommen immer öfter an die Grenze dessen, was ehrenamtliche Arbeit zu leisten vermag, nicht zuletzt weil die lokale Wirtschaft nur in Einzelfällen in der Lage ist, nennenswerte Summen für die Vereinsarbeit bereitzustellen. Die inhaltliche Arbeit bleibt dabei immer häufiger auf der Strecke, die Vereine drohen zur Hülse zu werden.

In den letzten Jahrzehnten wurde seitens der Stadtverwaltung massiv bei den Vereinen geworben, auf arbeitsmarktpolitische Instrumente zurückzugreifen, um Personal einzustellen. Doch diese sind dem Grunde nach nicht dafür gedacht und eignen sich immer weniger, weil die Laufzeiten kürzer werden, sich die Einstellungsbedingungen verschärfen und keine Verlängerungen für eingearbeitete Personen möglich sind. Die Vereine geraten in existenzielle Not bis hin zur Auflösung.

Um hier gegenzusteuern, ist zunächst eine Analyse der Mindestbedarfe der Vereine notwendig, um übersichtlich darzustellen, welcher personellen und sachlichen Mittel es bedarf, um die Vereinsziele tatsächlich langfristig gesichert umzusetzen. Aufbauend auf der Analyse ist in einem zweiten Schritt die Erarbeitung einer Strategie möglich. Diese Strategie sollte gemeinsam mit VertreterInnen der Vereine ausgearbeitet werden.

Eine derartige Strategie muss dann aber auch berücksichtigen, dass neben der ehrenamtlichen Unterstützung von Vereinsarbeit, stabile personelle Strukturen notwendig sind, die den VereinsmitarbeiterInnen würdige Einkommens- und Arbeitsbedingungen ermöglichen. Die aktuell aus der (Existenz-)Not heraus erzwungene Selbstaubeutung in der Vereinsarbeit kann nicht länger als Normalität akzeptiert werden.

Besuch ehemaliger Leipziger jüdischen Glaubens

Die jüdische Gemeinde in Leipzig, die vor mehr als 150 Jahren gegründet wurde, war in den zwanziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts die sechstgrößte Gemeinde in Deutschland. Bedeutende Wissenschaftler, Künstler und Unternehmer gehörten ihr an und bereicherten durch ihr soziales und kulturelles Engagement das gesellschaftliche Leben Leipzigs. Infolge der antisemitischen und rassistischen Politik der Faschisten wurde die Gemeinde durch Flucht ins Exil oder Tod in den Konzentrationslagern fast ausgelöscht.

Die Stadt Leipzig ist sich ihrer historischen Verantwortung bewusst und möchte durch die Einladung der noch lebenden ehemaligen Bürger jüdischer Herkunft ihren Beitrag zur Versöhnung und gegen das Vergessen leisten. Man ist sich darüber im klaren, dass dies nur eine symbolische Geste sein kann - eine angemessene Entschädigung für das erlittene Leid ist nicht möglich.

Im Jahre 1992 begann die Stadt Leipzig ehemalige Leipziger jüdischer Herkunft in deren Geburtsstadt einzuladen. Im November 1992 kam dann auch eine erste kleine Gruppe aus Israel, wo es seit 1953 den „Verband ehemaliger Leipziger in Israel“ gibt. In den Folgejahren erhielt die Stadt Leipzig mehrere hundert Anfragen ehemaliger Leipziger, mit der Bitte um eine Einladung in ihre Geburtsstadt.

Von 1992 wurde kontinuierlich einmal jährlich - manchmal auch zweimal jährlich in Anbetracht des hohen Alters der Gäste - Besuchergruppen ehemaliger Leipziger eingeladen. Bis einschließlich 2013 besuchten rund 500 Gäste aus 18 Ländern die Stadt.

Seit 2009 gab es die Übereinstimmung, dass das Besuchsprogramm für die ehemaligen jüdischen Leipziger nicht aufgrund sinkender Teilnehmerzahlen allmählich auslaufen sollte. Etwa zur gleichen Zeit begann die Stadt Leipzig, neue Brücken nach Israel zu bauen und durch die neu gewonnene

öffnet wurde und große Resonanz erfährt. Die Stadt Leipzig möchte auch den Nachfahren ermöglichen, in Kontakt mit Leipzig zu bleiben und den Ort entdecken zu können, an dem so wunderbare wie furchtbare Erinnerungen ihrer Familienhistorie hängen.

Für dieses Jahr stand dann auch wieder ein volles Programm auf der Tagesordnung für unsere Gäste. Zwischen dem 03 bis zum 09 Juli gab es für sie vielfältige Möglichkeiten, die Stadt, ihre Menschen und die Leipziger Kultur zu erleben. Am Begrüßungsabend im Restaurant MAX ENK und bei der Eintragung in das Goldene Buch der Stadt Leipzig nahm ich gerne die Möglichkeit wahr und schloss mich der Besuchergruppe an um mit den Gästen ins Gespräch zu kommen, um „Geschichte aus erster Hand“ erfahren zu können. Besonders beeindruckend empfand ich dabei die 90-jährige Chana Glidoni, die ihr damaliges Schicksal mit dem Satz: „Leipzig ist unsere Geburts-, nicht Heimatstadt, hier wurden wir rausges-

chmissen“ auf den Punkt brachte. Um dann versöhnlich hinzuzufügen: „Deutschland ist ein anderes Land geworden, wir sind willkommen.“

Von 24 Mitgliedern im Mai 1945 ist die Leipziger jüdische Gemeinde heute wieder auf über 1.300 Mitglieder angewachsen. Für uns sollte das auch eine Verpflichtung sein.

Naomi-Pia Witte



Der Ratsplenaarsaal im Leipziger Rathaus, Eintragung ins Goldene Buch der Stadt Leipzig.

Freundschaften und zahlreiche Begegnungen konnte im Jahr 2011 die Städtepartnerschaft mit Herzliya offiziell begründet werden.

In diesem Zusammenhang steht auch die Modifizierung des Programms, welches für die Kinder und die Enkelkinder der ehemaligen jüdischen Leipziger, die Angehörigen der zweiten und dritten Generationen ge-

Impressum:



Herausgeber: DIE LINKE. Stadtvorstand Leipzig, Braustraße 15, 04107 Leipzig, Fon: 0341/14 06 44 11, Fax: 0341/14 06 44 18, web: www.dielinke-leipzig.de
email: vorstand@die-linke-in-leipzig.de

Spendenkonto: Sparkasse Leipzig, Konto: 11 25 50 42 22, BLZ: 860 555 92

Redaktion: Steffi Deutschmann, Nadja Guld, Dr. Christina Mertha, Sören Pellmann, Stephan Sander, Naomi-Pia Witte (V.i.S.d.P.), Simon Zeise

Gestaltung: Naomi-Pia Witte

Druck: Stadt Leipzig

Das Mitteilungsblatt erscheint monatlich. Redaktionsschluss für die Nummer 09/2014 ist Montag, der 01. September 2014. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnhaltende Kürzungen vor.